



Biwettschriften. In Breslau 6 Mark, Wochen-Zeitung. 60 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Post 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den
Raum einer sechshäufigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Nr. 879. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Zeitung.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Mittwoch, den 15. December 1886.

Die Kriegsfrage.

Berlin, 14. Decbr.

Der Kriegsminister hat in der gestrigen Sitzung der Militär-Kommission eine Erklärung verlesen, wonach über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten Mittheilungen nicht gemacht werden können, da die Dinge hierfür nicht reif seien. Es läßt sich sehr gut denken, daß der Zustand ein solcher ist, in welchem in der That das Schweigen als Gold betrachtet werden muß; wir haben eine langjährige Erfahrung hinter uns, aus welcher wir wissen, daß, wenn unser auswärtiges Amt redselig wird, die Spannung bereits auf das Höchste gestiegen ist. Es wäre nur zu wünschen gewesen, daß diese Erklärung, wie sie jetzt vorliegt, schon früher und ohne vorhergegangenes Drängen der Abgeordneten abgegeben wäre; es wäre dann die wunderliche Illusion vermieden worden, die den Reichstag und das Land einige Zeit hindurch in Atem erhalten hat. Die Erklärung, daß man nichts erklären wolle, ist denn doch auch schon eine Erklärung, aus der man mancherlei schließen und bei der man sich auch eine gewisse Beruhigung holen kann.

Das Eigentümliche der Situation besteht darin, daß man von einer zwar großen aber nicht nahen Gefahr gesprochen hat. Nach den ersten Andeutungen, die fielen, hätte man annehmen sollen, daß möglicherweise noch vor Weihnachten mobil gemacht werden würde. Erkundigte man sich dann des Näherns, so hörte man zu seiner Beruhigung bald, daß in den nächsten Wochen nichts zu fürchten sei, aber zum Frühjahr, zum Sommer könne es möglichweise oder wahrscheinlich oder so gut wie gewiß losgehen. Nun liegt es nach meinem Dafürhalten auf der Hand, daß eine Situation sich in unserer heutigen Zeit in einem so hochgespannten Zustand nicht durch viele Monate erhalten läßt. Bestehen nicht blos Belästigungen, sondern eine feste Absicht zum Kriege, so drängt dieselbe auch zu baldigem Durchbruch.

Daz die Ministerkrise, welche Frankreich soeben durchgemacht hat, für die Entscheidung der Frage von keiner einschneidenden Bedeutung ist, wird wohl jetzt ziemlich allgemein anerkannt. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Entscheidung nicht in Paris, sondern in Petersburg liegt. In dem Augenblicke, wo Russland sich in unzweideutiger Weise dahin entscheidet, mit seinen Nachbarstaaten Frieden zu halten, wird das Säbelrassel an der Seine gegenstandslos, daß aber die Entscheidung in Russland von ganz unberechenbaren Faktoren abhängt, ist eine Wahrheit, die traurig aber unbestreitbar ist.

Es ist nicht zu bestreiten, daß eine Verstärkung der deutschen Rüstungen der Erhaltung des Friedens sehr förderlich sein kann. Aber eben so wenig läßt sich die Möglichkeit in Abrede stellen, daß in einigen Wochen oder Monaten die bulgarischen Angelegenheiten sich so weit geklärt haben können, daß die jetzt über uns hängenden Wolken verschwunden sind und der Friede ebens so gesichert erscheint, als er in irgend einem Augenblicke der letzten Jahre gewesen ist. Und unter solchen Umständen ist es doch sehr bedenklich, daß Deutschland sich mit seinen Rüstungen für sieben Jahre auf einen Zustand festlegen soll, der durch eine gesteigerte Gefahr notwendig gemacht wird.

Politische Uebersicht.

Breslau, 15. December.

Die geringen Einnahmen aus der Börsensteuer, welche der Finanzminister von Scholz auf Defraudationen der Kaufleute zurückführen will, bezeichnete der Reichstagsabgeordnete Dr. Siemens, Director der Deutschen Bank, vor seinen Wählern in Coburg als etwas, was jeder Sachverständige habe voraussehen können und was er vorausgesagt habe. Der Besitz der Nation an beweglichen Werthen beträgt nach ungefährer Schätzung 15 Millionen Mark. Wenn jedes Stück dieser Werthe dreimal jährlich verkauft werde, so komme die Ziffer heraus, welche die Börsensteuer jetzt bringe. Daß ein Papier im Jahre mehr wie dreimal den Besitz wechsle, könne man nicht verlangen.

Über die bulgarische Deputation schreibt die „Post“:

„Wie wir zuverlässig vernnehmen, dürfte die bulgarische Deputation, wenn sie ihren Besuch in Berlin abstattet, in formeller Beziehung auf

dieselben Empfang rechnen können, wie in Wien. Es erscheint durchaus als correct, daß der Minister des Neuzerren, Graf Kalnoff, die Deputirten nur als Privatpersonen empfangen hat, nicht als Abgeordnete einer Regierung, die, abgesehen von den Zweifeln an ihrer Legalität, nach der inneren Verfassung Bulgariens, jedenfalls gar nicht in der Lage ist, mit fremden Mächten zu verkehren, es sei denn durch die Vermittelung ihres Szeräns, des Sultans. Abgesehen aber davon, daß diese formelle Rücksicht bei dem hiesigen Empfang zum Ausdruck kommen müßte, dürfte dieselbe ein wohlwollender sein. Das deutsche Auswärtige Amt wird sich allerdings darauf beschränken, durch die Vertrauensmänner der bulgarischen Regentschaft der letzteren die Verständigung mit Russland von Neuem zu empfehlen. Aber die deutsche Politik wird auch je zweckmäßige, dahn führende Modalität aufzusuchen und zu befördern bereit sein.“

Nachdem eine ganze Reihe von Botschaftern es abgelehnt hatte, in das neue französische Cabinet einzutreten, hat sich endlich der Sections-Präsident im Staatsrat, Flourens, herbeigeflossen, das Portefeuille des Neuzerren zu übernehmen. Herr Flourens hat — so meint die Kreuz-Ztg. — noch nicht Gelegenheit gehabt, seine etwaigen diplomatischen Fähigkeiten auf die Probe zu stellen; doch wie die Verhältnisse liegen, ist es fraglich, ob der neue Minister des Neuzerren überhaupt in die Verlegenheit kommen wird, an großen „Staats-Actionen“ sich zu beteiligen. Aehnliches dürfte Herr Flourens wohl selbst vermuten, so daß es immerhin anerkennenswert ist, daß er sich bereit hat finden lassen, dem Premier-Minister ein Helfer in der Not zu sein. Die guten Pariser können jetzt mit der Erneuerung dem Weihnachtsfeste entgegengehen, wenigstens kein lückhaftes Ministerium zu besitzen.

Wie dem „B. Tgbl.“ telegraphiert wird, hat die Ernennung Flourens in Paris eine am Entrüstung grenzende Überraschung erzeugt. Obwohl ein Bruder des von den Gendarmen erschlagenen Commune-Generals Gustave Flourens, gilt der Präsident der Section des Staatsrates für die Gesetzgebung, Justiz und Auswärtiges doch für reactionär oder doch für sehr conservativ von der Nuance seines Schwagers, des National-Défense und Publicisten Leroy Beaulieu. In parlamentarischen, selbst gemäßigten Kreisen ist man verwundert, daß, nachdem alle Diplomaten sich weigerten, in die Combination Goblet einzutreten, dieser nicht einen Parlamentarier ernannt hat, sondern in die Verwaltung herabgestiegen ist und zwar so tief, daß, wie ein Deputirter gestern sagte, es den Eindruck mache, als ob ein Corporal die Generale und Botschafter commandire. Man ist einig darüber, daß Flourens nicht die nötige Autorität zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten besitzt.

Über den neuen Unterrichtsminister Berthelot wird demselben Blatte geschrieben:

Senator Berthelot trägt einen Namen in der Wissenschaft, der weit über die Grenzen Frankreichs einen guten Klang hat. In Paris im Jahre 1837 geboren, promovirte er 1854 als Doctor der Wissenschaften. Seine Dissertation lenkte bereits die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn. Sie bildete die Einleitung zu einer Reihe von Studien, vermöge deren es ihm später gelang, das Fett künstlich so herzustellen, wie man es im Innern der Thiere findet. Seit 1870 beschäftigt sich Berthelot mit Kanonen, Pulvern, Nitroglycerin und Dynamit. Seine Arbeiten über die Explosivstoffe werden sehr geschätzt. Das in den letzten Jahren erschienene Hauptwerk ist seine „Théorie mécanique de la chimie“. Seit 1873 ist Berthelot Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Professor am „College de France“, Commandeur der Ehrenlegion und Senator. Er ist nicht nur ein Gelehrter, er hat sich auch von jeher viel mit Unterrichtsfragen beschäftigt. Obwohl Reformen im Unterrichtswesen zugänglich, ist er doch kein Anhänger eines radicalen Vorgehens, wie verschiedene seiner Collegen. Im Großen und Ganzen blieb er auf dem Standpunkte Goblets stehen. Eine politisch hervorragende Rolle hat er bisher nicht gespielt. Seine Wahl zum Senator selbst ist ihm, ohne daß er candidirt hatte, in den Schoo gefallen.

Deutschland.

Berlin, 14. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Beamten des Auswärtigen Amtes und zwar: dem Inspector im Chiffir-Bureau, bisherigen Hofrat Willsch, und dem Vorsteher der Geheimen Kanzlei, bisherigen Hofrat Neff, den Charakter als Geheimer Hofrat, sowie dem Geheimen Kanzlei-Sekretär Heuer den Charakter als Kanzlei-Hofrat verliehen. (R.-Anz.)

Berlin, 14. Decbr. [Der Beschuß der Versammlung der deutschen Anwaltskammervorstände] wurde nunmehr dem Bundesrath, resp. dem Staatsminister Dr. v. Bötticher zugestellt. Derselbe hat folgenden Wortlaut:

„Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich es doch lieber unterlassen.“ wogt Dugdale vorsichtig einzuwerfen.

„Widersprechen Sie mir nicht! Glauben Sie, daß die Nänke der schönsten Frau Europas mich von meiner Pflicht abringen würden? Niemals! Das ist gerade mein Stolz.“

Dugdale lächelte, als er Abschied nahm, und verfolgte seinen Weg nach Weston. Wie gewöhnlich stand die Vorhür bei dem prächtigen Augustweiter weit offen und, ohne sich anmelden zu lassen, suchte er den jungen Carew in seinem Zimmer auf.

In der Zimmerthür stand er einen Augenblick regungslos still, denn er sah Carew in einem ernsten Gespräch mit Sir Wilfred Haughton.

„Es ist nur Dugdale,“ sagte Haughton mit einem seltsamen Glanz in seinen dunklen Augen und einem gewissen Geschluß des Triumphs in langsamem, aber entschiedenem Ton, der seinen Nebenbuhler halb rasend machte. „Nein, geh nicht fort, Dugdale! Du bist ein willkommener Gast hier und ich will Dir die Ursache meines Hierseins nicht verheimlichen. Ich habe um Miss Carew's Hand angehalten.“ Dugdale erblaßte sichtbar und zog die Brauen zusammen, unterdrückte aber im Uebrigen alle äußeren Anzeichen der Erregtheit. Plötzlich ergriff ihn aber eine wilde Lust, selbst mit in den Kampf zu treten und laut seine Liebe zu ihr zu bekennen, und wäre es auch nur geschehen, um sie erkennen zu lassen, wie innig, wenn auch stillschweigend, sie von ihm geliebt worden. Fast ohne sich einen Augenblick zu besinnen, wendete er sich zu Carew und sagte mit gezwungenen Ruhe:

„Auch ich bin heute mit derselben Absicht nach Weston gekommen.“

„Ich habe Ihre Schwester lieb, Carew! und wollte Sie um Ihre Hand bitten. Laßt Sie wählen.“

George stand langsam auf. Er war noch schwach und konnte sich nicht schnell fortbewegen; auf seinem schönen Gesicht konnte man lesen, daß er nicht recht wußte, was er thun sollte.

„Ihr macht es mir schwer,“ sagte er endlich zu den Beiden.

„Ich weiß kaum, was ich Euch antworten soll. Natürlich werde ich

Hoch Bundesrath! Die Vorstände der deutschen Anwaltskammer haben für nothwendig erachtet, den dem hohen Bundesrath vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung einiger Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes und der Gebühren-Ordnung für Rechtsfälle einer gemeinsamen Beratung zu unterziehen. Derselbe hat am 11. Decbr. 1886 zu Berlin in einer Versammlung der hierzu besondern abgeordneten, in der Anlage verzeichneten Vorstandsmitglieder stattgefunden, das Ergebnis ist in dem beigefügten Protokol niedergelegt, eine Denkschrift zur Begründung der gefassten Beschlüsse wird in wenigen Tagen nachfolgen. Wir hoffen um so zuversichtlicher, daß der hohe Bundesrath diese Denkschrift vor der endgültigen Beschlusssitzung über den Entwurf in Erwägung ziehen werde, als der deutsche Anwaltsstand über die wichtigsten Punkte des Entwurfs noch gar nicht gehört ist; schon jetzt aber wird das Nachstehende ehrerbietig vorgetragen. Einstimig hat die Versammlung den Entwurf für unannehmbar befunden. Derselbe widerspricht den Grundsätzen, welche bei Einführung der Reichsjustizgesetze maßgebend gewesen sind. Diese Grundsätze greifen ineinander und dürfen nicht durch die Einschaltung der Einzelbestimmungen, welche mit dem einmal angenommenen System unvereinbar sind, durchbrochen werden. Die vorgeschlagenen Neuerungen kennzeichnen sich als reine Zweckmäßigkeitsmaßregeln, haben kein bestimmtes System als Grundlage und sind daher an sich grundsätzlich falsch; derselbe entbehrt auch einer genügenden tatsächlichen Unterlage, diese hätte durch mehrjährige, unter Mitwirkung des Anwaltsstandes erfolgte Erhebungen und statistische Feststellungen gewonnen werden müssen. Der Gesetzentwurf ist daher verfrüht. Derselbe ist ungerecht gegen den Anwaltsstand, weil er den schweren Bürden des Anwaltsberufes keine entsprechende Vergütung gegenüberstellt. Derselbe ist schädlich für den Anwaltsstand, weil er eine Reihe von Errichten vernichtet, welche auf die jetzt geltenden Gesetze ihr wirtschaftliches Bestehen berechtigterweise begründet haben. Es kann, um nur einen Punkt hervorzuheben, mit vollem Juge darauf hingewiesen werden, daß eine große Zahl von Amtsgerichtsanträgen auf ein Jahreseinkommen von 1800 bis 3000 M. angewiesen ist und diesen, wenn die Bestimmungen des Entwurfs Gesetz werden, nach zuverlässiger Angabe ein Viertel der Jahreseinnahme entzogen wird. Endlich ist der Entwurf dem Anwaltsstand ungünstig für den Anwaltsstand, weil bei Bemessung der denselben für eine aufreibende Tätigkeit gebührenden Belohnung die Stellung nicht genügend beachtet ist, welche wissenschaftlich gebildete Männer, um nicht bezüglich ihrer Person und ihrer Wirksamkeit der Geringschätzigkeit zu verfallen, für ihre Leistungen beanspruchen müssen; ebenso wird die Vergütung der Auslagen von Bedingungen abhängig gewacht, welche, an sich unbillig, den deutschen Rechtsanwalt in den Augen des Volkes herabzuwirken scheinen. Aus allen diesen Gründen tritt der gesammte deutsche Anwaltsstand dem Entwurf im Ganzen mit Entschiedenheit entgegen und die Versammlung seiner gesetzlichen Vertreter hat diese Ansicht in bestimmtster Weise zum Ausdruck bringen wollen; wenn gleichwohl die Versammlung die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs in Betracht gezogen hat, so ist das nur geschehen, um die Punkte zu bezeichnen, in welchen der Anwaltsstand bei einer durchgreifenden Revision der Gebührenordnung Änderungen zu Gunsten der rechtführenden Parteien für zulässig hält, und in der bestimmten Hoffnung, daß, wenn geändert werden sollte, auch den zahlreichen Be schwerden abgeholfen würde, welche der Anwaltsstand gegen die Gebühren gesetze zu erheben hat. Die dem Anwalt zustehende Belohnung hat zu den vom Staat beanspruchten Gerichtskosten keine innere Beziehung; die Belohnung des Volks über die Höhe der Gerichtskosten sind gerechtfertigt. Wenn die Gerichte einen störenden Einfluß der Gerichtskostengesetze auf die Rechtsplege nicht beobachtet haben, so sind wohl die zahllosen Armeirechts gesetze und Bitten um Stundung der Gerichtskosten im Berücksichtigung geogen. Jedemfalls kann der Anwaltsstand eine empfindliche Störung, welche überdies zur Folge hat, daß der Anwalt die Nachsicht in Einziehung der Gebühren über muß, welche der Staat in Anwendung der Gerichtskosten versagt, vollaus bestätigen. Der Anwaltsstand verwarf sich aber dagegen, daß die Enlastung der rechtführenden Parteien auf einer falschen Bahn angestrebt wird. Nur wenigen Anwälten würde, wenn der Entwurf zum Gesetz erhoben werden sollte, noch gelingen, für die Tage des Alters und den Todesfall die in Ermangelung von Pensionen notwendigen Erfahrungen zu machen. Die hohen verbilligten Reginnen werden darüber kaum im Zweifel sein, daß die Gesamttilage des deutschen Anwaltsstandes eine ungünstige ist. Der Stand kann in Staat und Gemeinde weniger denn je entbehrt werden, es ist nicht wohlgehabt, denselben herabzudrücken, am allerwenigsten kann aber der gegenwärtige deutsche Anwaltsstand es seiner Würde entsprechend halten, die Herausgebung der Gebühren als Mittel zu zulassen, von dem Eintritt in die Rechtsanwaltschaft abzuschrecken; das Volk braucht für seinen Anwaltsstand tüchtige und charakterstarke Männer, und die Gesetzgebung handelt nicht weise, der Neigung solcher Männer für den Anwaltsberuf durch den Hinweis auf das zu erwartende füllmerliche Dasein entgegenzutreten. Der hohe Bundesrath wird daher ehrerbietig gebeten, den vorgelegten Gesetzentwurf abzulehnen.“

Namens der Versammlung der deutschen Anwaltskammervorstände: Der Vorsitzende, Dorn, Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt bei dem Reichsgericht.

Berlin, 14. Decbr. [Die Reichstagscommission zur Be ratung der Militärvorlage] trat heute in die Specialdiscussions des

meiner Schwester Kenntnis von Euren ehrenden Anträgen geben und — und ihrem Aussprache müßt Ihr Euch unterwerfen. Es schmerzt mich nur, zu wissen, daß einer von Euch . . .“

Er schwieg und unwillkürlich hestete er in seiner Verlegenheit die Augen auf Dugdale. Dieser seufzte innerlich; die Sache war ihm deutlich genug: der mitleidvolle Blick, der unterbrochene Satz . . . „Einer von Euch muß weinen und Du, Dugdale, bist der Mann.“ Der Bruder, dem die Gefühle seiner Schwester wohl bekannt waren, wollte ihm eine freundschaftliche Warnung zu Theil werden lassen; nun wußte er, was seiner wartete. Der Blick war ein böses Omen! Er hob stolz den Kopf empor, als wollte er das grausame Schicksal herausfordern.

In diesem Augenblicke hörte man einen leichten Tritt auf dem Corridor. Die Thür wurde aufgerissen und Clarissa, frisch und lieblich wie die duftigen Blumen in ihrer Hand, stand auf der Schwelle.

„Gi, gi, Welch' ein friedliches Conclave!“ sagte sie scherzend. „Und diese langen Gesichter! Herrliche hier nicht Grabestille, ich würde behaupten, Ihr ständet im Begriff, alle Drei mit einander zu fechten. Was gibt es, George?“ und mit leisem, liebkosendem Blick legte sie ihm die Hand auf die Schulter.

George ergriff diese Hand, preßte sie fest zwischen die seinige und sah Clarissa eine volle Minute mit forschendem Auge an. Darauf wandte er sich zu den beiden Anderen und sagte wie jemand, der plötzlich einen Entschluß gefaßt hat:

„Hier ist meine Schwester, sie wird für sich selber sprechen, Clarissa, Sir Wilfred Haughton und Clive Dugdale wünschen Dir zu sagen, daß Sie Dich lieb haben; sie sind hier, um sich Dein Jawort zu holen. Un Dir ist es jetzt, Beide abzuwählen, oder einen von ihnen zu wählen.“

Er hatte gesprochen — ein Bischen unzusammenhängend, aber deutlich. Clarissa, weißer als die Lilien in ihren bebenden Fingern, ließ ihre Blumen fallen und bedeckte ihr Antlitz mit den Händen.

(Schluß folgt.)

Zweifel der Liebe.*)

[5]

(Nach dem Englischen.)

„Man sagt, daß alles in Ordnung sei und daß die Hochzeit demnächst stattfinden solle. Aber mein Junge,“ fuhr der Major fort und lüftete seinen Hut, um sich den Schweiß von der Stirn zu wischen, „es kann nicht wahr sein.“

„Gewiß kann es wahr sein“, entgegnete Clive und schlug zwecklos mit seinem Stock auf den staubigen Weg.

„Gewiß wahr sein? Was meinen Sie damit, Dugdale?“ fragte der Major auffahrend; „ich sage Ihnen, daß es nicht wahr sein wird. Wie! Soll eine Frau wie Clarissa sich an solchen unwürdigen Menschen wegwerfen, der sie zuerst so schändlich misshandelt hat? Ich will nichts davon wissen, sage ich Ihnen. Ich dachte, Clarissa hätte mehr Gefühl für ihren eigenen Werth gehabt.“

„Und doch glaube ich nicht, daß es Ihr daran fehlt,“ sagte Dugdale. „Gut, nennen Sie es, wie Sie es wollen, aber ich für meinen Theil hätte es niemals von ihr geglaubt,“ antwortete der alte Hyde, der vor Wuth bereits Alles durcheinander zu reden begann. „Ich will sie zu sprechen versuchen, und sie wenn möglich von Ihrem Vorhaben abringen. Wäre ich so jung wie Sie, Dugdale, ich würde sie selber fragen und sie dem Andern dicht vor der Nase weg schnappen, lieber, als solch' ein Opfer zu dulden. Aber die jungen Leute der Zeitzeit — mir ekelt vor ihnen, so wenig Gefühl und Geschmack haben sie.“

„Ich wollte, ich könnte ebenso darüber denken,“ sagte der arme Clive traurig.

„Nun, wenn denn Niemand zwischen Beide treten will, dann thue ich es. Ich lasse mich durch Nichts zurückhalten. Ihr Vater und meiner waren alte Kameraden und ich werde doch seine Tochter nicht in die Fallstricke laufen lassen, ohne sie gewarnt zu haben. Ich muß nach Hause, um rasch noch einige Briefe zu schreiben und dann gehe ich direct nach Weston

Gesetzentwurf ein, und zwar zunächst über § 2, welcher lautet: "Vom 1. April 1887 ab werden die Infanterie in 533 Bataillone, die Cavallerie in 465 Escadrons, die Füsil-Artillerie in 364 Batterien, die Fuß-Artillerie in 31, die Pioniere in 19 und der Train in 18 Bataillone formirt." Eine längere Debatte entspann sich zunächst über die Vermehrung des Trains. Abg. Richter bat sich bis jetzt nicht von der Notwendigkeit der Vermehrung des Trains überzeugen können. General v. Hänisch erklärt, daß gegenwärtig alle Trains militärisch neu organisiert würden. Es fehlen uns an Trainmannschaften rund 11 000 Kopie, um die erforderliche Organisation durchzuführen. Im Interesse der ganzen Armee sei die neue Formation notwendig. Wer jemals beobachtet habe, wie es manchmal hinter der Armee ausgehe, der müsse für eine Neuorganisation des Trains eintreten. Abg. v. Malzahn schließt sich den Ausführungen des General v. Hänisch an und hält besonders die Vermeidung der Pferde beim Train für wünschenswert, weil später diese Werde sich viel besser zur Landwirtschaft eigneten, als die jetzt vielfach zum Traindienst gebrauchten Cavalleriepferde. Abg. Dr. Buhl (nat. lib.) weist auf den letzten Krieg hin, wo es schwierig gewesen sei, die Versorgung der Truppen so herzustellen, wie es unbedingt notwendig sei und bei einer Vermehrung des Trains sich leicht hätte erreichen lassen.

Fhr. v. Huene (Centrum) befürwortete nachdrücklich die Vermehrung des Trains, weil dadurch im Kriege der ganzen Armee, und besonders den Mannschaften, große Erleichterungen verschafft würden. Auch der Gesundheitszustand der Armee hänge vielfach von einem gut organisierten Train ab. Abg. Richter hält es für sehr schwer, bei den einzelnen Punkten genau zu erwägen, welche Formation speziell für die Armee besonders nützlich sei. Doch glaubt er, daß für die Landwirtschaft es ganz gleichgültig sei, ob von 200 000 Militärpferden 750 mehr für den Train ausgebildet werden oder nicht. General v. Hänischtheit mit, daß jetzt auch Cavallerie noch vielfach bei der Artillerie verwendet werde. — Was die Vermehrung der Eisenbahentruppen anbelangt, so zweifelt er nicht daran, daß bei der Ausbildung des ganzen Verkehrs die Notwendigkeit dieser Position nicht bestreiten werden würde. Aber auch die Verstärkung der Pionierbataillone sei notwendig der allgemeinen Heeresverstärkung wegen.

Der Kriegsminister theilt mit, daß alle Pionierbataillone auf dieselbe Stärke gebracht werden sollten, und daß danach die Vertheilung der neuen Mehrforderung sich gestalten werde. — Bei der Beratung der von der Füsil-Artillerie handelnden Position bemerkte Abg. Richter, er sehe voraus, daß es sich um Vermeidung der Staatsstärke solcher Regimenter handle, die im Osten oder Westen Deutschlands in den Festungen liegen; doch empfahl er Ersparnisse, die durch einzelne Abänderungen in der Formation wohl erzielt werden könnten. Da die Füsil-Artillerie aber nicht im Kriegsfall sofort in Verwendung trete, so habe diese Position gar keine Eile. — Der Kriegsminister betonte, daß es den heutigen Verhältnissen nicht entspreche, wenn man die Artillerie an einigen Punkten vermehre dadurch, daß man sie an anderen Stellen vermindere. Wenn der Abg. Richter gemeint habe, mit der Füsil-Artillerie sei die Vermehrung nicht so eilig, da sie ja dem Feinde nicht sofort entgegen geworfen werde, so mache er darauf aufmerksam, daß einzelne Teile der Füsil-Artillerie sofort in Action treten. — Abg. Richter erwidert, daß diese Mitteilung auf ihn keinen Eindruck mache, besonders da die Verwendung einzelner Teile der Füsil-Artillerie im Felde doch die Vermeidung im Ganzen nicht rechtfertige. Die gegenwärtigen Verhältnisse drängten zu außerordentlichen Ersparnissen. — Der Kriegsminister repliziert, daß der Bedarf ein unabsehbarer sei, die Vertheilung aber könne heute noch nicht scharf präzisiert werden. Die Kriege von 1866 und 1870 seien der Kriegsverwaltung sehr überraschend gesessen. Man müsse im Vorraus das Heeresgesetz festmachen und die einzelnen Positionen rechtzeitig feststellen. — Abg. Richter meinte, daß die Stellung Deutschlands in Bezug auf die Armeeverhältnisse jetzt eine viel bessere sei als 1870. Die Südstaaten seien fest eingefügt worden, wodurch den Überraschungen keine so große Bedeutung mehr beigelegt werden könnte. — Der Kriegsminister macht darauf aufmerksam, daß bei einem Landkrieg Frankreich eine große Zahl Schiffsartillerie als Fuß- und Festungsartillerie benutzen könne, wodurch es unserer Artillerie gegenüber sich in großem Vorteil befindet. Eine Herabsetzung der Dienstzeit der Füsil-Artillerie sei unmöglich. — Dr. Frege (conf.) erklärt, daß die Füsil-Artillerie im Kriege auf das Neuerste angespannt sei, daß er deshalb die Position empfiehlt. — Abg. Richter meint, daß überall und bei jeder Position die unbedingte Notwendigkeit betont würde; er müsse doch zunächst wissen, an welchen Positionen die Möglichkeit von Ersparnissen zugestanden werden könne, um danach Ämendamente zu stellen. Ersparnisse seien notwendig. Bei Nachweis einer Kriegsgefahr mache er keine Einwendungen, aber es handelt sich hier um die Friedenspräsenzstärke. Außerdem würden in der Armee große Ausgaben für Paläste gemacht. — Der Kriegsminister bestreitet, daß für Paläste Aufwendungen gemacht werden, und meint, er könne bei keiner Position die Notwendigkeit einer Erhöhung der Präsenziffer mit mathematischer Gewissheit nachweisen; etwas Vertrauen verlange die Militärverwaltung. Er kenne bei gewissenhafter Prüfung die bestimmte Versicherung geben, die Vermeidung der Füsil-Artillerie sei notwendig, wenn diese im Kriege ihre volle Schuldigkeit ihm folle. Sämtliche Forderungen seien für den Kriegsfall berechnet. Abg. v. Hellendorff (conf.) holt hervor, daß im Plenum des Reichstags auch der sozialdemokratische Abg. Bebel ausdrücklich die Sparfamkeit in den preußischen Armee anerkannt habe. Aber die Vermeidung der Füsil-Artillerie sei notwendig, hier sei Sparfamkeit nicht am Platze, hier sei Sparfamkeit verschwendet. Abg. Richter entgegnet dem Kriegsminister, daß er auch Vertrauen für die Volksver-

tretung verlange, die gewissenhaft die Finanzverhältnisse berücksichtigen müsse. Redner meinte alsdann, daß die Einjährig-Freiwilligen nicht in die Friedenspräsenzstärke eingerechnet würden. Auf diesen Punkt wurde er bei dem andern Postition zurückkommen.

Der Kriegsminister bemerkte, daß bei der Kriegsstärke die Einjährig-Freiwilligen eingerechnet würden, daß sie aber nicht allein bei der Mehrförderung steht in der Berechnung ausgeschlossen seien, sondern bei der Friedenspräsenzstärke eingerechnet würden. In Bezug auf die Vertrauensfrage wolle er nur sagen, daß er in der vorliegenden Angelegenheit persönlich die Befürworter mitgerechnet habe; aber es gäbe Punkte, wo eine mathematische Gewissheit gar nicht eintreten könne. — Nach einer kurzen Debatte, an welcher sich Abg. Richter, der Kriegsminister und Abg. Buhl beteiligten, wurde beschlossen, die Frage der Rekrutenausbildung bei der Position Infanterie zu behandeln. — Darnach trat eine Pause ein.

Nach der Pause wurde zunächst die Position „Feldartillerie“ discutirt. Der Kriegsminister machte weitere Mittheilungen über die Vertheilung der Artillerie, welche als vertraulich zu bezeichnen sind. Graf Salder (conf.) befürwortete die Vermeidung der Artillerie. Hier kommt es viel mehr auf den einzelnen Mann an, als bei der Infanterie.

Bei der Position „Cavallerie“ beschränkten sich die Mehrforderungen darauf, daß bei dieser Waffengattung die Rekrutenvacanz im Wegfall kommt.

Abg. Richter wünscht eine präzisere Fassung des Gesetzes, er sehe nicht ein, weshalb gerade bei der Cavallerie die Rekrutenvacanz aufhören sollte, und erklärt sich gegen eine solche Erhöhung der Dienstzeit, ohne daß ein entsprechender Ausgleich getroffen wird.

Der Kriegsminister erwidert, daß es vielleicht gar nicht notwendig gewesen wäre, diese Forderung in das Gesetz zu bringen, da sie ja in anderer Weise des Staats hätte geregelt werden können. Die verbindeten Regierungen wollen jedoch sich hierüber mit dem Reichstag in volles Einvernehmen setzen, und das geschehe am besten an dieser Stelle.

General v. Städtisch sieht in der Forderung der Regierung eine große Förderung der Ausbildung der Cavallerie. Bei der Ausbildung gerade der Cavalleristen entstehen so viele spezielle Krankheiten, daß der Wegfall der Rekrutenvacanz hier besonders notwendig würde, um die Ausbildung nicht allzu sehr konzentrieren zu müssen.

Graf v. Salder (conf.) erklärt sich gegen die Rekrutenvacanz und bezeichnet den Monat October als den geeigneten für die Rekrutenvacanz. Der Cavallerist biete in seinem äußeren Auftreten ein viel erhabendes Bild als andere Soldaten. Aber nach dreimonatlicher Ausbildung seien die meisten Cavalleristen noch keine Reiter, sondern Personen, die erst mit ihren Pferden ein Compromiß abschließen müßten, um nicht abgeworfen zu werden, und doch habe der einzelne Cavallerist im Kriege eine große Verantwortung, denn oft hänge von der richtigen Meldung einer Cavalleriepatrouille das Wohl und Wehe einer ganzen Soldaten-Abteilung ab, und richtige Meldungen könnten nur diejenigen Cavalleristen machen, welche ihre ganze Kraft nicht mehr auf das Reiten zu legen brauchen. Deshalb bitte er um Bewilligung des einen Rekrutmonats.

Abg. Richter bestreitet, daß die Ausbildung des Cavalleristen gerade vom Monat October abhänge, und verwirft die Forderung der Regierung.

Der Kriegsminister unterstützt die Auffassung des Grafen Salder und hält es für ein sehr wichtiges Moment, daß der Rekrut erst längere Zeit im Freien, also im October, reiten lerne.

Abg. Richter erklärt dem Freiherrn v. Malzahn gegenüber, daß es sich hier in der That um eine Verlängerung der Dienstzeit für 9000 Mann um 1 Monat handele. Das seien jährlich 800 Mann. Danach verlange die Regierung nicht eine Erhöhung der Präsenzstärke um 41 000, sondern um 42 000 Mann.

Über die Position „Landwehrbezirks-Commando“ entspinnt sich eine Diskussion zwischen den Regierungsvertretern und dem Abg. Richter, welcher der Ansicht ist, daß es sich hier nur um eine eigenthümliche Abordnung hande, damit man unter allen Umständen das eine Prozent der Bevölkerung erreiche, welches die Grundlage der Friedenspräsenziffer der Bevölkerung bilde solle.

Minister von Bronsart und Abg. von Koller erklären, daß sich die Arbeiten auf den Landwehrbüroaus in letzter Zeit so sehr gehäuft hätten, daß neue Einstellungen von Mannschaften erforderlich seien.

Bei der Position „Jäger“ meint Abg. Richter, daß über die vierzehn Mann, die für Preußen gefordert würden, nichts zu reden sei, aber für Sachsen werde ein ganzes Bataillon mehr gefordert. In Sachsen seien bereits Jäger-Bataillone vorhanden, und er wisse nicht, daß dort aussonder Grenzverhältnissen eine Vermeidung notwendig sei. Die Jäger seien zudem thurer als die Infanterie. Die geforderte Erhöhung sei in seiner Weise begründet, ein Bedürfnis nicht nachgewiesen.

Sächsischer Major von Schleiden: In Sachsen ist man von denselben Intentionen ausgegangen, wie in Preußen, deshalb ist die Forderung eingestellt worden.

Abg. von Frege: Für Sachsen paßt besonders ein Jägerbataillon, weil die sächsische Bevölkerung sich besonders zu Jägern eignet.

Abg. Richter: Wenn dieser Grund stichhaltig wäre, könnte jede Provinz und jedes Land die Vermeidung einer besonderen Truppengattung fordern, für die sie sich besonders geeignet halten.

Abg. Richter: In der ganzen Vorlage ist keine Forderung so schlecht begründet, wie die vorliegende. Sachsen habe bereits 2 Jägerbataillone, während in Preußen bei zwei Armeecorps die Jägerbataillone fehlen.

Darin liegt eine Anomalie, die vom Standpunkt einer einheitlichen Vertheilung in der Armee nicht noch vergrößert werden sollte.

Abg. von Malzahn ist der Ansicht, daß das geforderte sächsische Jägerbataillon billiger sei, als ein neues Infanteriebataillon, weil dasselbe in einen Regimentsverband eingefügt werden müsse.

Abg. Richter will überhaupt kein neues Bataillon für Sachsen, weder Jäger, noch Infanterie. Es sei ganz unrichtig, wenn man nach der Bevölkerungszahl eines Einzelstaates immer die Heeresstärke regeln wolle.

Die Debatte wurde darauf vertagt. Zu einer Abstimmung kam es heute noch nicht.

Nächste Sitzung: Mittwoch, Vormittag 10 Uhr.

* Berlin, 14. December. [In der Budgetcommission des Reichstags] wurde gestern Abend das Extraordinarium des Staats des Reichsamt des Innern erledigt. Bewilligt wurden die für das Jahr 1886/87 geforderten Kosten für Herstellung des Nord-Ostsee-Kanals in Höhe von 19 000 000 M., sowie 200 000 M. als erste Rate zur Errichtung eines Dienstgebäudes für das Patentamt. Sodann wurde die Debatte über die physikalisch-technische Reichsanstalt fortgesetzt. Abg. Dr. Frege (conf.) beantragt zunächst, statt der im Extraordinarium 480 000 M. zur Errichtung des Gebäudes und 120 000 M. zur ersten Ausstattung mit Instrumenten einen dauernden Zufluss des Reichs an Preußen von jährlich 100 000 M. zur Unterhaltung des Instituts einzustellen. Da dieser Antrag von den Vertretern der verbindeten Regierungen energisch bekämpft wird, zieht ihn Abg. Dr. Frege zurück. Abg. v. Huene (Centrum) schlägt nunmehr eine Resolution vor: den Herrn Reichsanstalt zu ersuchen, die Frage der Errichtung einer physikalisch-technischen Reichsanstalt einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Abg. Dr. Hammacher (natlib.) bekämpft diesen Antrag, in welchem er den Verlust einer Beschränzung der durch die Verhältnisse jetzt schon gebotenen Lösung wichtiger Fragen erblickt. Die Regierungscommissionen bezeichnen den Antrag als unannehmbar, er wird daher ebenfalls zurückgezogen. Bei der Abstimmung werden die Forderungen von 480 000 M. zur Errichtung des Gebäudes, 120 000 M. zur ersten Ausstattung, die Gehalte für Präsidienten und Director der Anstalt etc. abgelehnt, darauf aber ein Antrag Hammacher angenommen, und zwar mit 12 gegen 10 Stimmen, ein Pauschallquantum von 60 000 M. zu den Besoldungen und 100 000 M. zur Ausstattung zu bewilligen.

[Militär-Wochenblatt.] v. Struzynski, Sec.-Lt. vom 2. Ostpreuß. Gren.-Regt. Nr. 3, in seinem Commando zur Dienstleistung von dem Festungsgefängnis in Posen zum Festungsgefängnis in Köln übergetreten. v. Wissendorff Major und Abteil.-Commandeur vom 2. Garde-Feld.-Art.-Regt., als Commandeur der Reitenden Abteil. zum Magdeburg Feld.-Art.-Regt. Nr. 4, v. Nippold, Major und Abteil.-Commandeur vom Großherzogl. Hess. Feld.-Art.-Regt. Nr. 25 (Großherzogl. Art.-Corps), in gleicher Eigenschaft zum 2. Garde-Feld.-Art.-Regt., Abel, Major vom großen Generalstab und commandirt bei dem Gouvernement von Mecklenburg, als Abteil.-Commandeur zum Großherzogl. Hess. Feld.-Art.-Regt. Nr. 25 (Großherzogl. Art.-Corps), versetzt. von Wulzen, Major von der 3. Gendarmerie, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension und der Erlaubnis, für die Dauer seiner demnächstigen dienstlichen Beschäftigung bei der 1. Gendarmerie-Truppe die Gendarmerieuniform tragen zu dürfen, zur Disp. gestellt.

1. Leipzig, 14. December. [Die jugendliche Naumbörderin Marie Schneider in Berlin], welche vom dortigen Landgericht I. am 1. Oct. zu 8 Jahr. Gefäng. verurtheilt worden ist, hatte sich bei dem Erkenntnisberthig, dagegen hatte ihr Vormund, der Weber Schneider, die Revision verfolgt, welche heute vor dem II. Strafgericht des Reichsgerichts zur Verhandlung kam. Die Revisionschrift vom Vertheidiger Dr. Friedmann verfaßt, rügt irgendeine Auffassung der Bestimmungen über die Berechnungsfähigkeit. Die Ausbildung des fiktiven Bewußtseins bei der Angeklagten sei gar nicht in Betracht gezogen, obwohl dasselbe doch einen Theil der Berechnungsfähigkeit bildet. Der Reichsanwalt erachtete die Revision nicht für begründet, indem er zunächst der Meinung war, daß der Gerichtshof, indem er abweichen, von den Sachverständigen das Nichtvorhandensein einer frankhaften Störung der Geistesfähigkeit annahm, sich keines Rechtsirrhums schuldig gemacht habe. Was aber die Erkenntnis der criminellen Strafbarkeit betrifft, so habe damit das fiktive Strafgefühl gar nichts zu thun. — Das Reichsgericht schloß sich den Ausführungen des Reichsanwalts an und verwarf, wie bereits mitgetheilt, die Revision. In den Gründen wurde gesagt, daß es nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung für die Frage der Berechnungsfähigkeit auf die moralische Bildung nicht ankomme.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 15. December.

* Zur Patronatsablösung. In einer gestern abgehaltenen Sitzung haben die Gemeindelörschaften von St. Elisabeth nach langer Beratung beschlossen, ihre Zustimmung zu geben, daß die Ablösungs-Abfindungssumme von 1 500 000 Mark auf die einzelnen Gemeinden nach der Kopfzahl vertheilt werde. So ist also die Einstimmigkeit unter den evangelischen Gemeinden erzielt und der Abschluß der Ablösungsangelegenheit wieder um einen bedeutenden Schritt gefordert.

* Überfüllung der Posthalterräume in der Weihnachtszeit ist eine alljährlich wiederkehrende Klage. Bis zu einem gewissen Grade

Opernhause haben die dortige General-Intendant veranlaßt, das ursprünglich auf drei Abende berechnete Gastspiel auf sechs auszudehnen. Die Künstlerin erhält dafür die Gesamtsumme von 24 000 M. Der Kaiser, sowie der ganze Hof wohnen bis jetzt jeder Vorstellung bei.

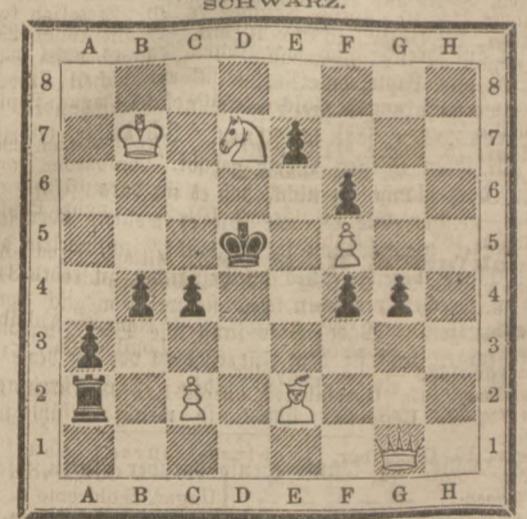
Aus Halle kommt die bedauerliche Nachricht, daß Karl Mittell, der albfame und beliebte Schauspieler, nachdem er sich einer Augenoperation unterzogen hatte, völlig erblindet ist. Unter solchen Umständen verdient der Entschluß des Herrn Directors Hasemann, den Ertrag, welchen die Vorstellung im Berliner Wallner-Theater am nächsten Freitag ergiebt, dem (ihm seit 20 Jahren befreundeten) unglücklichen Manne zu überlassen, die wärmste Anerkennung. Zur Aufführung gelangt die „Sternschnuppe“.

Wie man in Wiener Theaterkreisen erzählt, soll die Gründung des neuen Burgtheaters, welche bekanntlich für den Herbst nächsten Jahres in Aussicht genommen war, bis zum Frühjahr 1888 verschoben werden. Es wird nämlich geplant, im neuen Hof-Schauspielbau am Tage des vierzigjährigen Regierungs-Jubiläums des Kaisers zum ersten Male zu spielen.

Schach.

Aufgabe Nr. 79. Von R. Schwarz.

SCHWARZ.



WEISS.

Weiss zieht und setzt mit dem dritten Zuge Mat.

Lösung von Nr. 77: 1) D h 8 — g 7, S e 8 — g 7; 2) S f 5 — d 6 und 3) f 1. ... S h 5 — g 7; 2) S e 6 — f 4 u. s. w. Auf 1) ... T nimmt S folgt 2) T d 3 + +, auf 1) ... B d 6: 2) D g 1! Die allgemeine Drohung ist 2) D g 2. — Angegeben von P. S. hier.

S. V. A.

Theater-Notizen.

Sämtliche Berliner Blätter bestätigen nunmehr die Nachricht, daß die Herren Mottl und Deppe in den Verband des Hoftheaters eintreten sollen. Herr Mottl wird vom 1. April ab als erster Kapellmeister die Leitung der königlichen Capelle übernehmen, Herr Musikdirektor Deppe soll speziell als Leiter der classischen Werke seine Thätigkeit schon in aller nächster Zeit beginnen. Einzelne Berliner Blätter meinen, Herr Deppe habe seine Qualifikation als Kapellmeister erst zu bewähren, bisher sei er nur als Clavierlehrer und gelegentlicher Leiter der Schlesischen Musikf

würde das Publikum selbst leicht Abhilfe schaffen können. Die Einlieferung der Weihnachtspäckereien sollte nicht lediglich oder vorwiegend bis zu den Abendstunden verschoben, namentlich sollten Familiensendungen thunlichst an den Vormittagen aufgegeben werden. Mit seinem Bedarf an Postwertzeichen müßte sich ein jeder schon vor dem 19. December versetzen. Ebenso sollten Zeitungsbestellungen nicht in den Tagen vom 19. bis 24. December bei den Postanstalten angebracht werden. Selbstfrankirung der einzuleitenden Weihnachtspäckereien durch Postwertzeichen müßte die Regel bilben. Endlich empfiehlt es sich, das Geld für die am Postschalter zu leistenden Zahlungen abgezählt bereit zu halten. Die Befolgung dieser Ratschläge würde der Post und dem Publikum gleichmäßig nützen.

Sprottau. 14. Decbr. [Auszeichnung.] Herr Bürgermeister Schenkemeyer überreichte heute Nachmittag in Gegenwart sämtlicher Mitglieder des Magistrats der Frau Lehrer Lindner die Rettungsmedaille am Bande, welche derselbe laut Allerhöchster Cabinetsordre vom 18. November d. J. für die Rettung des zehnjährigen Knabens O. Western vom Tode des Ertrinkens im Sprottauffluß verliehen worden ist. Hierbei sprach Herr Bürgermeister Schenkemeyer der Frau Lindner Dank und Glückwunsch aus.

Freistaat. 14. Decbr. [In Sachen des Vorschußvereins.] Noch immer herrscht hier große Aufregung über das durch den Kaufmann Oscar Hornig verursachte Deficit in der Kasse des hiesigen Vorschußvereins. Die mit der Aufstellung der Unterbilanz beauftragten Vertrauensmänner haben bereits ein Manco von über 105 000 Mark entdeckt, doch dürfte dasselbe sich noch erhöhen. Dem Hornig gelang es, durch Fälschung vieler Mitglieds- und Parlembücher, wie durch Fälschung von Hunderten von Wechseln das Deficit so lange zu verbergen. Leider aber haben ihn auch der Vorstand und der Aufsichtsrath durch sehr laue Controle in seinem verbrecherischen Tun und Treiben bestärkt. Die Mitglieder dieser beiden Körperschaften haben sich daher und besonders in Folge der eingegangenen Anträge von Mitgliedern der Genossenschaft veranlaßt gefühlt, durch Bezeichnung von namhaften Beträgen das Deficit größtentheils zu decken. Diese Entschließungen haben die erregten Gemüther einigermaßen beruhigt, denn nunmehr sind begründete Aussichten vorhanden, daß die drohende Gefahr der Concursanmeldung beseitigt sein dürfe.

Namslau. 14. Decbr. [Muthmäßlicher Mord.] Während des Herbstes hat ein Großgrundbesitzer in Wilkau, im hiesigen Kreise, sein Getriebe durch eine geliebte Dampfmaschine dreschen lassen. Der an der letzteren beschäftigte Maschinist rührte sich im Wirthshause in Wilkau wiederholte seiner Kräfte und geriet eines Tages mit acht oder zehn Knechten in einen Streit, der zuletzt in einer Prügelei ausartete, und bei dieser zog der Maschinist trotz seiner großen Körperkraft den Kürzeren. Dieselbe Maschine sollte nunmehr bei einem anderen Grundbesitzer in Hohen-Wilkau zum Dreschen aufgestellt werden. Derselbe Maschinist erschien zu diesem Zwecke. Am vorigen Mittwoch war er in dem Jannek'schen Gasthaus in Wilkau, wo er sich restaurierte. Hier traf er mit einem Knechte zusammen, der an der erwähnten Prügelei teilgenommen. Beide ließen sich mit einander in einem Gespräch ein, tranken einander tüchtig zu, und zuletzt forderte der Maschinistwärter den stark angetrunkenen Knecht auf, ihn nach Hohen-Wilkau zu begleiten, was dieser auch zusagte. Beide verließen hierauf das Jannek'sche Gasthaus. Seit jenem Abend blieb der bei dem Bauerngutbesitzer Ernst Heerde in Wilkau dienende Knecht verschwunden und wurde erst gestern Nachmittag auf der Wilkauer Feldmark tot aufgefunden. Die an seinem Kopfe befindlichen schweren Verletzungen lassen auf einen gewaltsamen Tod schließen. Wie verlautet, sollte der betreffende Maschinistwärter gestern vorläufig in Haft genommen werden, er ist jedoch seinem Transporteur entsprungen.

Telegramme.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **London.** 15. Decbr. Die „Times“ melden: Die bulgarische Deputation trug dem Prinzen Ferdinand von Coburg-Gotha den Fürstenthron an. Der Prinz erwiderte, er müsse den österreichischen Kaiser befragen, habe jedoch Grund, anzunehmen, daß seine Kandidatur die Billigung desselben, sowie des Czaren finden werde. Der Prinz ist der Bruder des Schwagers des Kronprinzen Rudolf. (Vergl. die folgende Depesche aus Budapest. D. Reb.)

* **Budapest.** 15. Decbr. Dem „Pester Lloyd“ wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet: Die Mission der bulgarischen Deputation in Wien besteht in der Anerkennung des Prinzen Ferdinand von Coburg-Gotha für den bulgarischen Thron. Der Prinz Ferdinand ist (wie schon früher mitgetheilt. D. Reb.) fünfundzwanzig Jahre alt und müßerlicherweise ein Enkel Louis Philipp's von Frankreich. Er wurde gestern vom Grafen Kalnoky empfangen, wobei die

Breslau. 15. Decbr. [Von der Börse.] Die Börse verkehrte heute in günstiger Stimmung, nur Laurahütte ging abermals ihren besonderen Weg. Während österr. Creditactien und fremde Renten demgemäß im Freizeit avancieren konnten, erlitt das leitende Montanpapier einen scharfen Coursturzgang. — Die tadelnde Anslassung des russischen Regierungsanzeigers über die Haltung der russischen Presse gegenüber Deutschland wirkte besonders auf Russenwerthe beruhigend. — Geschäft klein, Schluss behauptet.

Per ult. December (Course von 11 bis 1½ Uhr): Ungar. Goldrente 84½—1½ bez., Ungar. Papierrente 76½ bez., Russ. 1880er Anleihe 82½—83½ bez., Russ. 1884er Anleihe 95½—7½ bez., Oesterr. Credit-Actien 482½ bez. u. Gd., Verein. König.-u. Laurahütte 82½ bis 80½—81½ bez., Russ. Noten 1891½ bez., Türken 14¾ bez., Egypter 76½ bez., Orient-Anleihe II 56½ bez. u. Gd., Donnersmarckhütte 37½ bez. u. Br., Oberschlesischer Eisenbahnbetrag 38 bez. u. Br.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolf's Telegr. Bureau.)

Berlin. 15. Decbr., 11 Uhr 55 Min. Credit-Actien 483,—. Disconto-Commandit — Fest.

Berlin. 15. Decbr., 12 Uhr 30 Min. Credit-Actien 482, 50. Staatsbahn 409,—. Lombarden 172, 50. Laurahütte 81,—. 1880er Russen 82, 90. Russ. Noten 189, 20. 4proc. Ungar. Goldrente 84, 20. 1884er Russen 95, 50. Orient-Anleihe II. 56, 60. Mainzer 93, 60. Disconto-Commandit 214, 10. 4proc. Egypter 76, 40. Ziemi. fest.

Wien. 15. Decbr., 10 Uhr 10 Min. Credit-Actien 297, 20. Ungar. Credit-Actien —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten 61, 72. Oesterr. Goldrente —, —. 40% ungar. Goldrente 104, 40. Ungar. Papierrente —, —. Elbthalbahn —, —. Fest.

Wien. 15. Decbr., 11 Uhr 10 Min. Credit-Actien 296, 90. Ungar. Credit-Actien —, —. Staatsbahn 252, 30. Lombarden 106,—. Galizier 195,—. Oesterr. Papierrente 83, 10. Marknoten 61, 70. Oesterr. Goldrente —, —. 40% ungar. Goldrente 104, 27. Ungar. Papierrente 94, 30. Elbthalbahn 163,—. Ruhig.

Frankfurt a. M. 15. Decbr. Mittags. Credit-Actien 239, 37. Staatsbahn 203, 25. Galizier 157, 75. Ung. Goldrente 84, 20. Egypter 76, 30. Laura —. Ziemi. fest.

Paris. 15. Decbr. 3% Rente —, —. Neueste Anleihe 1872 —, —. Italiener —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Neueste Anleihe von 1886 —, —. Egypter —, —.

London. 15. December. Consols 100, 61. 1873er Russen 94, 12. Egypter 75, 37. Regen.

Wien. 15. December. [Schluss-Course.] Matt.

Cours vom 14.	15.	Cours vom 14.	15.
1860er Loose ..	—	Ungar. Goldrente ..	—
1864er Losse ..	—	40% Ungar. Goldrente 184 50	104 25
Credit-Actien ..	297 70	Oesterr. Papierrente ..	—
Ungar. do ..	—	Silberrente ..	84 — 83 55
Anglo ..	—	London ..	126 — 125 70
St-Eis.-A.-Cert. 253	251 75	Oesterr. Goldrente ..	—
Lomb. Eisenb.	106 50	Ungar. Papierrente.	94 45 — 94 25
Galizier ..	195 10	Elbthalbahn ..	—
Napoleonsd'or.	9 94	Wiener Unionbank.	—
Marknoten ..	61 75	Wiener Bankverein.	—

Candidatur besprochen wurde. Dieselbe begegnet am Wiener Hofe der freundlichsten Aufnahme wegen der Verwandtschaft des Prinzen mit dem Kaiserhause. Die Zustimmung Englands, Deutschlands und auch Italiens ist sicher. Der Prinz selbst acceptirt wahrscheinlich.

(Aus Wolf's Telegraphischem Bureau.)

München. 15. Decbr. Die „Allgemeine Zeitung“ heilt mit, daß der Prinz-Regent nach seiner Rückkehr ein herzliches Telegramm an Kaiser Wilhelm gesandt habe, welcher darauf antwortete: „Wie soll Ich Ihnen danken für Ihr so herzliches freundliches Telegramm noch am heutigen Tage nach der Rückkehr nach München? Sie haben Sich überzeugen können, wie freudig Ihr erstes Erscheinen nach der Übernahme der Regentschaft bei uns begrüßt wurde, wie die alten Erinnerungen eines siebenmonatlichen Zusammenlebens in der so wichtigen unvergleichlichen Kriegszeit uns von Neuem einigten. Möge es immer so bleiben. Ihre herzlichen Worte, gesprochen zu Ihren Unterthanen im Reichstage, sind höchstlich auf guten Boden gefallen. Wilhelm.“

Petersburg. 15. Decbr. Der „Reg.-Anz.“ bringt ein Regierungs-Communiqué, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Ereignisse in Bulgarien im russischen Publikum und in der Presse eine durchaus begreifliche Erregung hervorriefen. Die politischen Beziehungen der europäischen Mächte zu Russland hätten den Gegenstand der Besprechung durch die russischen Zeitungen gebildet; jedoch die Zeitungen hätten sich nicht darauf beschränkt, allgemein bekannte, keinem Zweifel unterliegende Thatsachen abzuschäzen; es hätten vielmehr einige Zeitungen behufs Auklärung der gedachten Beziehungen zu Russland und Vorauflösungen gegriffen. Deshalb weichen die auf so schwankendem Boden basirten Raisonnements nicht nur von der Unparteilichkeit ab, ohnewelche einigermaßen richtiges Begreifen der politischen Fragen undenkbar sei, sondern sie seien zuweilen in ausdrücklichen Widerspruch mit der Wirklichkeit geraten. Durch solchen Charakter zeichneten sich einige jüngst erschienene Artikel aus, welche der deutschen Politik gewidmet waren, worin dem russischen Publikum beigebracht wird, Russland verdanke die Schwierigkeiten, welche eine befriedigende Lösung der bulgarischen Frage hinderten, vornehmlich dem Widerstand Deutschlands, welches als gefährlicher Feind Russlands dargestellt wird, welches Übel gegen die Würde und Sicherheit Russlands im Sinne habe. Man könne nicht umhin, solche Ausführungen zu bedauern. Mit Deutschland als unmittelbarem Nachbar sei Russland durch zahlreiche, vitale Interessen verknüpft. Darunter welchen die Beziehungen beider Mächte von jeher consolidirt und schon mehrfach erprobt seien. Solche Beziehungen seien gleicherweise für die Wohlfahrt beider Länder wichtig, was auch von ihren Regierungen anerkannt werde. Man könne nicht umhin zu wünschen, daß diese Beziehungen lange fortdueren. Indem die kaiserliche Regierung fest beabsichtige, sich wie früher speziell den deutschen Interessen gegenüber mit gebührender Rücksicht zu verhalten, habe sie vollen Grund, versichert zu sein, daß auch Deutschland seinerseits fortfahren werde, sich aller Actionen zu enthalten, welche die Würde und die Interessen Russlands berühren könnten, welche durch die historischen Beziehungen Russlands zu seinen östlichen Glaubensgenossen entstanden seien, und daß der Einfluß Deutschlands lediglich auf Erhaltung des Friedens gerichtet sei, dessen Europa bedürfe und der gleicherweise Gegenstand der lebhaftesten Wünsche des Czaren sei. Bei den jetzigen politischen Umständen sei die größte Vorsicht und Kaltblütigkeit bei Schätzung derselben geboten; um so weniger könne man folglich die Überflützung und den Eigendunkel der Raisonnements rechtfertigen, welche durch Presseorgane an den Tag gelegt werden, deren Stimme durchaus nicht bedeutungslos für die internationalen Beziehungen sind.

London. 15. December. Stanley wird am 22. December hier erwartet und wird die Organisation der Expedition zur Unterstützung des Emin Bey übernehmen.

Petersburg. 15. Decbr. Der „Regierungs-Anzeiger“ bringt ein Communiqué, welches die in letzter Zeit erschienenen Zeitungsbürttel, welche Deutschland als russenfeindlich darstellen, bedauert, und der Presse größere Vorsicht und Kaltblütigkeit bei Besprechung der politischen Verhältnisse anempfiehlt.

London. 15. December. Stanley wird am 22. December hier erwartet und wird die Organisation der Expedition zur Unterstützung des Emin Bey übernehmen.

Petersburg. 15. Decbr. Der „Regierungs-Anzeiger“ bringt ein Communiqué, welches die in letzter Zeit erschienenen Zeitungsbürttel, welche Deutschland als russenfeindlich darstellen, bedauert, und der Presse größere Vorsicht und Kaltblütigkeit bei Besprechung der politischen Verhältnisse anempfiehlt.

Athen. 14. December. Dem Könige gingen seitens der europäischen Souveräne anlässlich der Großjährigkeit des Kronprinzen Glückwünsche zu. Der Kronprinz empfing zahlreiche Ordensdecorations.

Washington. 14. December. Der Schatzsecretär brachte in der Repräsentantenkammer eine Vorlage ein, das Schatzamt zu ermächtigen, die Zinszahlung für die mit mehr als 3 p.C. verjährl. Staatsanleihen zu anticipiren. Das Schatzamt soll 75 bis 80 Millionen vernommen können.

Hamburg. 14. Decbr. Der Postdampfer „Teutonia“ der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktion-Gesellschaft hat, von Westindien kommend, heute Vormittag 10 Uhr Scylla passirt.

Hamburg. 12. Decbr. Der Postdampfer „Bohemia“ der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktion-Gesellschaft hat, von New-York kommend, heute Vormittag 10 Uhr Scylla passirt.

London. 14. Decbr. Der Union-Dampfer „Roman“ ist auf der Heimreise heute in Southampton und der Castle-Dampfer „Hawarden Castle“ ebenfalls auf der Heimreise heute in Plymouth eingetroffen.

Handels-Zeitung.

* **Umwandlung von Commandit-Gesellschaften in Action-Gesellschaften.** Nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen war zur Gründung einer Action-Gesellschaft die Concession der Regierung erforderlich, zu der einer Commandit-Gesellschaft aber nicht. Ferner wurde der Gewinn von Action-Gesellschaften besteuert, von Commandit-Gesellschaften indessen nicht. Diese Umstände und die von den Regierungen öfter bei Concessions-Gesuchen gemachten Schwierigkeiten bewirken, dass in früheren Jahren eine ganze Zahl von Commandit-Gesellschaften entstand. Durch längere Praxis überzeugte man sich jedoch, dass mit dieser Form eine Reihe sehr grosser Uebelstände verknüpft ist. In erster Linie haben die Actionäre in Action-Gesellschaften wenige, in Commandit-Gesellschaften aber gar keine Rechte, und dem Aufsichtsrathe geht es nicht besser. Alle Gewalt und der meiste Gewinn befindet sich in den Händen der sogenannten Geschäftsinhaber, welche von dem Gesetze als die eigentlichen Besitzer betrachtet werden, während *ie* thatächlichen Besitzer, nämlich die Actionäre, als Nebensache ungeduldet Theilnehmer in allen Stücken sehr schlecht fortkommen.

Nachdem nun die Regierung nicht mehr um Concessions gefragt werden braucht, und Commandit-Gesellschaften ebenfalls zur Steuer herangezogen wurden, sind alle Vorzüge letzterer Form verschwunden und machen sich die Nachtheile um so bemerklicher. Man hat natürlicher Weise die Umwandlung in Action-Gesellschaften erstrebt und die Action-Novelle vom 18. Juli 1884 erleichterte dieselbe ganz außerordentlich.

Die erste Gesellschaft, welche auf Grund desselben in eine Action-Gesellschaft verwandelt wurde, ist die Berliner Unionsbrauerei, und theilen wir das von ihr eingeschlagene Verfahren, welches diesen dunklen Weg klar legt, nachstehend mit. Zunächst galt es, sich mit den schwierigen und dunkeln Stempelbestimmungen, die wie die Fussangeln bei solchen Operationen oft den besten Staatsbürger in Ungemach bringen, abzufinden, und da die Rechtsgelehrten keine Garantie für richtige Auslegung übernahmen, wurde der Provinzial-Steuer-Director zu Berlin um Auskunft gebeten, ob die Umwandlung neue Actionen oder neue Versteuerung der alten erfordere.

Derselbe antwortete: „Auf die Vorstellung vom 10. October 1884 erwidere ich Ew. Wohlgeboren unter Rückgabe der Actie Nr. X der Berliner Unions-Brauerei ergebenst, dass die beabsichtigte Umwandlung dieser Commandit-Gesellschaft auf Action in eine Action-Gesellschaft eine neue Versteuerung der Gesellschafts-Action nicht erforderlich macht, wenn dieselben als Namens-Action beibehalten werden. Sollte jedoch zugleich eine Umwandlung der Action in Inhaber-Action erfolgen, so würde nach diesseitiger Ansicht diese Umwandlung der Ausgabe neuer Actionen gleichstehen und daher eine neue Versteuerung derselben notwendig sein.“ Auf Grund dieses Bescheides stellte der Aufsichtsrath nunmehr in der Generalversammlung vom 19. December 1884 den bestimmten Antrag, „die bisherige Commandit in eine Action-Gesellschaft zu verwandeln“. Dieser Antrag wurde dadurch wesentlich erleichtert, dass der ursprüngliche, am 9. März 1870 abgeschlossene Gesellschafts-Vertrag, welcher die Gründung bewirkte, bereits die Umwandlung im § 46 ins Auge fasste und den Aufsichtsrath, allerdings nur unter Zustimmung des persönlichen Gesellschafters, ohne Einberufung einer Generalversammlung ermächtigte, solche zu bewirken. Dieser § 46 wurde, angeblich als obsolet, bereits im Jahre 1873 bestätigt und trat erst 1883 wieder in Kraft. Die General-Versammlung nahm obigen Antrag einstimmig an, und die beiden Geschäftsinhaber gaben ihre Zustimmung, allerdings nur unter dem Vorbehalte, dass an ihren Bezügen und Contracten dadurch nichts geändert werde. Dies

Cours-Blatt.

Breslau, 15. December 1886.

Berlin. 15. Decbr. [Amtliche Schluss-Course.] Gedruckt.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Cours vom 14. 15. Schles. Rentenbriefe 104 — 103 40

Mainz-Ludwigshaf. 93 60 93 50

Posener Pfandbriefe 101 70 101 60

do. do. 3½% 99 80 —

Goth. Prm.-Pfbr. S.I. 106 — 106 50

do. do. S.II 103 40 103 10

Lübeck-Büchen ult. 161 62 161 50 Russ. II. Orient-A. ult. 56 50 56 62

Egypter. 76 25 76 25 Laurahütte ult. 81 62 80 75

Marien-Mlawka ult. 36 — 37 25 Galizier ult. 79 25 79 75

Ostr

wurde ausdrücklich im Protokoll der General-Versammlung verordnet und das Statut nun den neuen Verhältnissen entsprechend geändert.

Damit war die Actien-Gesellschaft zwar geschaffen, es blieb jedoch noch ein schlimmes Andenken an die Commerz-Gesellschaft übrig, nämlich die auf bestimmte Namen lautende Actie, welche bei Verkaufen einen Stempel von 1,50 M. für die Cession erforderte, und dadurch zuweilen mehr Unkosten verursachte, als sie an Dividende einbrachte. Die Actien-Novelle enthält in Artikel 207 bezüglich der Actien die Vorschrift, dass diesejenen auf Inhaber oder auf Namen lauten können, so dass es also in das Belieben der Actionäre gestellt ist, den einen oder den anderen Modus zu wählen, eventuell den früher gewählten später zu ändern. Auch hier trat wieder die bedenkliche Frage auf, ob dies stempelpflichtig sei; wieder vermochten die Rechtsgelehrten sich in dem Labyrinth der Bestimmungen nicht zurecht zu führen, und wieder wurde als Orakel der Provinzial-Steuerr-Director befragt, der sich so äusserte: "Auf Ihre Anfrage vom 13ten November 1886 erwiedere ich Ew. Wohlgeboren ergebenst, dass durch die vermittelst eines Stempelaufdruckes zu kennzeichnende Umwandlung der auf den Namen lautenden Actien der Berliner Unions-Brauerei-Actien-Gesellschaft in Inhaber-Actien keine neue, der nochmaligen Versteuerung unterworfenen Actien geschaffen werden." Die beabsichtigte Umwandlung hat also für die Steuerbehörde kein Interesse. Daraufhin erfolgte der letzte Schritt, indem bei der Generalversammlung vom 4. December 1886 die Änderung des Statuts in § 4 beantragt wurde. Derselbe beginnt: "Die Actien sind auf Namen lautend unter fortlaufender Nummer ausgestellt", und soll lauten: "Die Actien sind auf den Inhaber lautend unter fortlaufender Nummer ausgestellt." Diese Änderung wurde einstimmig beschlossen und wird in der Weise zur Ausführung gebracht, dass auf die Actien ein Vermerk aufgedrückt werden soll. Es ist dieses der erste Fall solcher Umwandlung, die unter der Herrschaft des neuen Actien-Gesetzes zur Durchführung gelangt, ohne irgend welche Stempelkosten zu verursachen, und wird dieser Präcedenzfall wesentlich dazu beitragen, den Actionären den Weg, welchen sie einzuschlagen haben, zu zeigen. (Leipz. Tglb.)

*** Goldbewegung.** Aus Petersburg wird der "V. Z." geschrieben: Die Staatsbank hat in letzter Zeit Halb-Impare am offenen Markt verkauft lassen. Man taxirt, dass etwas über 300 000 Stück bisher abgegeben sind, welche sämtlich an die Deutsche Reichsbank gegangen sein dürften und zum grössten Theil gleich direct an die Reichsbankstelle nach Königsberg adressirt wurden.

*** Pestalosches.** Im Coursbüro des Reichspostamts wird gegenwärtig eine neue Post- und Eisenbahnkarte des Deutschen Reiches in 20 Blättern (Masstab 1:450 000) auf Grund der Generalstabskarten bearbeitet. Auf der neuen Karte werden sämtliche Post- und Telegraphenanstalten, die Eisenbahnstationen, die bestehenden Postverbindungen und Eisenbahnlinien, sowie alle Kunststrassen und diejenigen nicht kunstsmässig ausgebauten Landstrassen, welche jederzeit fahrbar sind, unter Angabe der Entferungen zwischen den einzelnen in Betracht kommenden Orten, enthalten sein. Die Karte ist zum Preise von 2 M. für das unausgemalte Blatt und 2,25 M. für jedes Blatt mit farbiger Angabe der Grenzen im Wege des Bachhandels zu beziehen. Der Preis der ganzen Karte beträgt 35 M. für das unausgemalte und 40 M. für das ausgemalte Exemplar.

Ausweise.

Warschau, 14. Decbr. Die Einnahmen der Warschau-Wiener Eisenbahn betragen im Monat November 35 923 Rbl. mehr als in demselben Monat 1885. Die Einnahmen der Warschau-Bromberger Bahn betragen im Monat November 1886 4225 Rbl. weniger als in demselben Monat 1885.

W.T.B. Die Einnahmen des Italienischen Mittelmeer-Eisenbahnmazetts während der ersten Dekade des December 1886 betragen nach provisorischer Ermittlung für den Personenverkehr 1 065 060,77, für den Güterverkehr 1 840 141,11, zusammen 2 905 201,58 Frs. Dieser Beitrag stellt die bereits rectificierte ungefähre eigene Einnahme dar.

Marktberichte.

Gross-Glogau, 14. Decbr. [Marktbericht von Wilhelm Eckersdorff.] Die heutige Marktzufuhr war ziemlich stark, und wurde solche bei ziemlich fester Stimmung schlank geräumt. Es wurde bezahlt für: Gelbweizen 14,40–15,40 Mark, Roggen 12,20 bis 12,80 Mark, Gerste 10,00–12,50 M., Hafer 10,20–11,00 M. Alles pro 100 Kilogramm.

Hamburg, 14. Decbr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Spiritus: Januar–Februar 26 Br., 25 $\frac{1}{4}$ Gd., Februar–März 26 Br., 25 $\frac{1}{4}$ Gd., März–April 25 $\frac{1}{4}$ Br., 25 $\frac{1}{4}$ Gd., April–Mai 25 $\frac{1}{4}$ Br., 25 $\frac{1}{4}$ Gd., Mai–Juni 25 $\frac{1}{4}$ Br., 25 $\frac{1}{4}$ Gd., Juni–Juli 26 $\frac{1}{4}$ Br., 26 Gd., Juli–August 27 Br., 26 $\frac{1}{4}$ Gd., August–September 27 $\frac{1}{4}$ Br., 27 $\frac{1}{4}$ Gd., September–October 28 Br., 27 $\frac{1}{4}$ Gd., December 26 $\frac{1}{4}$ Br., 26 $\frac{1}{4}$ Gd., Decbr. Januar 26 Br., 25 $\frac{1}{4}$ Gd. Tendenz: Unverändert.

Courszettel der Breslauer Börse vom 15. December 1886.

Amtliche Course (Course von 11–12 $\frac{1}{4}$ Uhr)

Wechsel-Course vom 15. December.		
Amsterd. 100 Fl. 21 $\frac{1}{2}$ kS.	168,50 B	
do. do. 21 $\frac{1}{2}$ 2 M.	167,60 G	
London 1 L.Str. 4	kS. 20,37 G	
do. do. 4	3 M. 20,225 G	
Paris 100 Fres. 3	kS. 80,30 G	
do. do. 3	2 M. —	
Petersburg ... 5	kS. —	
Warsch. 100 S.R. 5	kS. 189,20 B	
Wien 100 Fl. 4	kS. 161,40 G	
do. do. 4	2 M. 160,25 G	

Inländische Fonds.		
voriger Cours.	heut. Cours.	
D. Reichs-Anl. 4	106,25 B	106,25 B
Prss. cons. Anl. 4	105,80 B	105,60 a75 bz
do. do. 3 $\frac{1}{2}$	102,00 B	101,80 B
do. Staats-Anl. 4	—	—
St.-Schuldsch. 3 $\frac{1}{2}$	—	100,00 bz
Prss. Pr.-Anl. 5 $\frac{1}{2}$	—	—
Bresl. Stdt.-Anl. 4	103,00 G	103,00 G
Liegn. Stdt.-Anl. 2 $\frac{1}{2}$	99,90 B	99,85 B
Schl. Pfbr. alth. 3 $\frac{1}{2}$	100,75 bz	101,00 B
do. Lit. A. 3 $\frac{1}{2}$	100,15 a00 bzG	100,10 a15 bz
do. Lit. C. 3 $\frac{1}{2}$	100,15 a00 bzG	100,10 a15 bz
do. Rusticale 3 $\frac{1}{2}$	100,15 a00 bzG	100,10 a15 bz
do. alt. 4	100,55 a50 bzG	100,50 a55 bz
do. Lit. A. 4	100,45 a50 bz	100,50 a55 bz
do. do. 4 $\frac{1}{2}$	101,20 B	101,00 B
do. do. 4 $\frac{1}{2}$	100,45 a50 bz	100,55 bz
do. Rustic. II. 4	100,45 a50 bz	100,10 B
do. do. 4 $\frac{1}{2}$	101,25 B	101,00 B
do. do. 4 $\frac{1}{2}$	100,45 a50 bz	100,50 a55 bz
do. Lit. C. II. 4	100,45 a50 bz	100,50 a55 bzB
do. do. 4 $\frac{1}{2}$	101,20 B	101,00 B
Posener Pfdb. 4	101,75 a80 a75 bz	101,50 a40 bzB
do. do. 3 $\frac{1}{2}$	100,00 B	100,10 bz
Rentenbr. Schl. 4	103,55 G	103,60 G
do. Landesc. 4	102,25 G	102,25 G
do. Posener 4	—	—
Schl. Pr.-Hilfsk. 4	102,60 G	102,70 bz
do. do. 4 $\frac{1}{2}$	101,00 B	101,00 B
Centralhandsc. 3 $\frac{1}{2}$	99,40 G	99,40 B

Inländische u. ausländische Hypotheken-Pfandbriefe.		
Schl. Bod.-Cred. 3 $\frac{1}{2}$	98,90 bz	—
rz. à 100 4	102,00 bzG	102,00 G
do. do. rz. à 110 4 $\frac{1}{2}$	110,40 B	110,25 B
do. do. rz. à 100 5	103,00 G	103,00 G
do. Communal. 4	102,10 B	101,75 G
Russ. Bod.-Cred. 5	94,50 B	—
Bresl. Strassb.-Obl. 4	101,70 G	101,70 G
Dnrrsmkh.-Obl. 5	—	—
Henckel'sche	—	—
Part.-Obligat. 4 $\frac{1}{2}$	101,00 B	101,00 B
KramastaGw. Ob. 5	104,00 B	104,00 B
Laurahütte-Obl. 4 $\frac{1}{2}$	100,80 B	100,80 B
O.S.Eis. Bd. Obl. 5	97,75 B	97,70 B

W. T. B. Havre, 14. Decbr., Vormittags 8 Uhr 30 Min. Kaffee Good New-York schloss mit 30 Points Haussc. Rio 31 000 B., Santos 16 000 B. Recettes für gestern.

W. T. B. Havre, 14. Decbr., Vormitt. 10 Uhr 30 Min. Kaffee Good average Santos per Decbr. Fres. 79, 75, per Januar 80, 00, per Februar 80, 25, per März 80, 50, per April 80, 75, per Mai 81, 00, per Juni 81, 25. Behauptet.

Schiffahrtsnachrichten.

Gr.-Glogau, 14. Dec. [Original-Schiffahrtsbericht von Wilhelm Eckersdorff.] Die hiesige Oderbrücke passirten folgende Dampfer und Schiffe vom 10. bis inkl. 13. December. Am 10. December: Dampfer No. 3 mit 9 Schleppern mit 10050 Ctr. Güter von Stettin nach Breslau. Dampfer "Maybach" mit 9 Schleppern mit 16 600 Centner Güter von Stettin nach Breslau. Dampfer "Hartlieb" mit 3 Schleppern mit 7950 Ctr. Güter von Breslau nach Stettin. Dampfer "Alfred" mit 2006 Ctr. Güter von Breslau nach Glogau. Dampfer "Alfred" mit 5 Schleppern mit 4500 Ctr. Güter von Breslau nach Breslau. Dampfer "Löbel" mit 8 Schleppern mit 1800 Ctr. Güter von Frankfurt nach Breslau. Wilhelm Hanke aus Liebchen leer von Neusalz nach Liebchen. Am 11. December: Dampfer "Bertha" mit 10 Schleppern mit 11 600 Centner Güter von Stettin nach Breslau. Dampfer "Stettin" mit 7 Schleppern mit 12 700 Ctr. Güter von do. nach do. Dampfer "Königin Louise" leer von Breslau nach Glogau. Dampfer "Gross-Glogau" leer von Breslau nach Stettin. Dampfer "Wilhelm" mit 6 Schleppern mit 8150 Ctr. Güter von Stettin nach Breslau. Dampfer "Albertine" mit 7 Schleppern mit 10 100 Ctr. Güter von do. nach do. Dampfer "Fürst Bismarck" mit 3 Schleppern mit 5200 Ctr. Güter von do. nach do. Dampfer "Königin Louise" mit 4 Schleppern leer von Glogau nach Breslau. Anton Seeliger aus Tschiefer mit 1000 Ctr. Güter von Wilkan nach Glogau. Paul Rissmann aus Radschütz leer von Nekersdorf nach Breslau. 9 Schiffe mit 16 400 Ctr. Güter in der Richtung von Breslau nach Stettin. Am 12. December: Dampfer "Valerie" mit 7 Schleppern mit 8000 Ctr. Güter von Stettin nach Breslau. Ferdinand Gross aus Züchen mit 1000 Ctr. Güter von Köben nach Glogau. Am 13. December: Dampfer "Heyden-Cadow" mit 6 Schleppern mit 3550 Ctr. Güter von Stettin nach Breslau. Dampfer "Adler" mit 3 Schleppern mit 8500 Centner Güter von Breslau nach Stettin. Dampfer No. 2 mit 7 Schleppern mit 8800 Ctr. Güter von Stettin nach Breslau. 5 Schlepper mit 10 650 Ctr. Güter in der Richtung von Breslau nach Stettin.

Wasserstands-Telegramme.

Breslau, 14. Decbr. Oberpegel — m. Unterpegel + 0,78 m.
15. Decbr. Oberpegel 4,90 m. Unterpegel + 0,54 m.

Familien-nachrichten.

Verlobt: Fr. Margarethe von Lücken, hr. Sec.-Lt. Rochus von Rothenburg, Ludwigslust i. M. Berbunden: hr. Hans v. Carnap-Quernheim, Fr. Nelly v. Barnasch, Beckau. Geforben: Fr. Obersift. a. D. Richard v. Trotta, gen. Treden, Stettin. Fr. Med.-Rath Emilie Meyer, geb. Wölker, Lemgo. Fr. Landb.-Maler Ferdinand Rygrin, Berlin.

Album von Breslau, enthaltend 30 Ansichten, M. 1,50. Lichtenberg, Kunsthändler.

Crantz, Musikalienhändl., Schlossohle 16. Billige Abonnements. Eintrittstags.

B. K. B.
Vorzgl. chines. Thees
diesjähriger Ernte
M. 5, 4, 3, 2, 40, 2,00 pr. Pf.
holl. Cacao, Chocoladen,
deutsche u. englische Cafés
aus renommiertesten Fabriken
empfiehlt die [3366]

Breslauer Kaffee-Rösterei
Otto Stiebler.

Das herrliche Aroma des Kiefernwaldes atmet man im Zimmer durch Zerstäubungen.

Waldesduft

Gesunden wie Kranken gleich angenehm und zuträglich, besonders Lungen-, Brust- und Halsleidenden überaus wohltuend.

Flasche 1½ M. u. 60 Pf. Zerstäuber von 20 Pf. an.

In Breslau echt bei S. Graetz, Junkernstr.

Adolf Koch, Ring 22.

S. G. Schwartz, Ohlauerstr. 21.

A. Stanjeck, N. Graupenstr. 16.

Scholz & Schott. [7039]

Bank-Aktionen.